## S 13 KR 39/98

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Sachsen

Sozialgericht Sächsisches Landessozialgericht

Sachgebiet Krankenversicherung

Abteilung 1

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 13 KR 39/98 Datum 21.03.2000

2. Instanz

Aktenzeichen L 1 KR 15/00 Datum 28.05.2001

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung der KlĤgerin gegen den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Chemnitz vom 21.03.2000 wird zurückgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind auch im Berufungsverfahren nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

## Tatbestand:

Die Kl $\tilde{A}$ ¤gerin begehrt die Erstattung von Kosten f $\tilde{A}$  $\frac{1}{4}$ r die Inanspruchnahme einer Haushaltshilfe im Zeitraum vom 04.09.1997 bis 09.10.1997 in H $\tilde{A}$  $\tilde{A}$ he von insgesamt 1.430,00 DM.

Die am â geborene Klã zerin unterzog sich im Zeitraum vom 12.08.1997 bis 01.09.1997 einer station zeren Vorsorgekur. Fã 1/4r diesen Zeitraum wurde ihr von der Beklagten eine Haushaltshilfe bewilligt. Am 23.08.1997 zog sich die Klã zerin bei einem Verkehrsunfall eine Distorsion der Halswirbels zule (Schleudertrauma) zu. Die Erstversorgung der Klã zerin fand im KKH Mittleres Erzgebirge statt. Eine station zer Aufnahme der Klã zerin erfolgte nicht, vielmehr setzte die Klã zerin ihre Vorsorgekur fort. Die Klã zerin ist verheiratet und hat drei Kinder, die im Zeitpunkt des Unfalls, 16, 7 und 2 3/4 Jahre alt waren.

Unter dem 21.09.1997 beantragte die Klägerin bei der Beklagten wegen eines auf Grund des Unfalles bestehenden akuten Zervikalsyndroms die Gewährung von Haushaltshilfe. Diese war der Klägerin von ihrem behandelnden Arzt, Dr. E â $_{\parallel}$ l, Facharzt fÃ $_{\parallel}$ r OrthopÃ $_{\parallel}$ die und Chirotherapie, zunÃ $_{\parallel}$ chst fÃ $_{\parallel}$ r drei Wochen ab dem 04.09.1997 und dann fÃ $_{\parallel}$ r weitere zwei Wochen ab dem 22.09.1997 verordnet worden. Kosten fÃ $_{\parallel}$ r die Inanspruchnahme der Haushaltshilfe sind der KlÃ $_{\parallel}$ gerin im Zeitraum vom 04.09.1997 bis 09.10.1997 (nach eigenen Angaben) in HÃ $_{\parallel}$ he von 1.430,00 DM entstanden.

Nach Einholung eines Gutachtens nach Aktenlage von Dr. F â□¦ vom 16.10.1997 vom Medizinischen Dienst der Krankenversicherung, der eine Haushaltshilfe vom 04.09. bis 25.09.1997 aus medizinischer Sicht nicht befürwortet hatte, lehnte die Beklagte mit Bescheid vom 29.10.1997 den Antrag der Klägerin ab. Da im Haushalt der Klägerin noch eine 17-jährige und eine 10-jährige Tochter lebten, könne davon ausgegangen werden, dass sie in der Lage sei, die Kinder in die Haushaltsführung zu integrieren, bzw. sie bei der Hausarbeit zu unterstützen.

Hiergegen legte die Klägerin am 01.12.1997 Widerspruch ein. Ihre Tochter könne sie bei der Hausarbeit nicht unterstützen, da sie etwa 10 â $\square$  12 Stunden (täglich) mit der Schule beschäftigt sei. Ihr Ehemann arbeite die ganze Woche als AuÃ $\square$ enmonteur und sei nicht zu Hause. Sie selbst habe den Haushalt vom 04.09. bis 09.10.1997 selbst nicht weiterführen können. Den Widerspruch der Klägerin gegen den Bescheid vom "13.10.1998" wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 03.02.1998 zurück. Zur Begründung führte sie aus, dass die Klägerin keinen Anspruch auf Haushaltshilfe habe, weil sie nicht in stationärer Behandlung gewesen sei.

Gegen den am 05.02.1998 zugestellten Widerspruchsbescheid hat die Klägerin am 03.03.1998 beim Sozialgericht Chemnitz (SG) Klage erhoben. Die Beklagte verkenne, dass ausweislich der als Anlage K 1 vorgelegten ärztlichen Bestätigung des Arztes B â∏ vom KKH M â∏ eine sofortige Krankenhauseinweisung und stationäre Behandlung der Klägerin erforderlich gewesen sei, von der die Klägerin nur deshalb Abstand genommen habe, weil sie ihre dreijährige Tochter habe betreuen mýssen. SchlieÃ∏lich sei die Gewährung einer Haushaltshilfe auch dann möglich, wenn Versicherten wegen Krankheit die Weiterführung des Haushalts nicht möglich sei.

Die Beklagte hat hierauf erwidert, dass der Anspruch auf Haushaltshilfe deshalb ausscheide, da sich die Klä¤gerin keiner Krankenhausbehandlung unterzogen habe; auch habe die Klä¤gerin keine Leistung entsprechend des <u>ŧ 38 Abs. 1 Satz 1</u> 2. Alternative Fã¼nftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) erhalten. Hã¤usliche Krankenpflege sei von ihrem Arzt nicht verordnet worden. Die Klã¤gerin kã¶nne sich auch nicht auf <u>§ 38 Abs. 2 SGB V</u> berufen. Der insoweit einschlã¤gige § 13 der Satzung der Beklagte sehe in Abs. 3 Ziff. 2 nur dann eine Haushaltshilfe vor, wenn dem Versicherten nach einer ambulanten Operation die Weiterfã¼hrung des Haushaltes wegen der Krankheit nicht mã¶glich sei.

Die KlÄzgerin trat dem entgegen. Sie habe einen Anspruch sowohl nach § 38 Abs.

1 Satz 1 2. Alternative SGB V als auch aus § 38 Abs. 2 i.V.m. der Satzung der Beklagten vom 05.03.1997. Sie habe tatsächlich Leistungen einer Haushaltshilfe (also) häusliche Krankenpflege in Anspruch genommen. Ausweislich § 13 Abs. 2 der Satzung der Beklagten werde häusliche Krankenpflege im Rahmen ärztlich verordneten medizinischer MaÃ□nahmen gewährt und nach Abs. 3 daneben auch die entsprechende Haushaltshilfe, ohne dass nach Abs. 3 Ziff. 1 hierfÃ⅓r eine stationäre oder ambulante Operation Voraussetzung sei.

Nach Anhörung der Beteiligten hat das SG mit Gerichtsbescheid vom 21.03.2000 die Klage abgewiesen. Ein Anspruch auf Kostenerstattung gemäÃ∏ § 13 Abs. 3 SGB V bestehe nicht, da die Klägerin gemäÃ∏ § 38 SGB V keinen Anspruch auf Haushaltshilfe gehabt habe. Weder habe die Klägerin eine Krankenhausbehandlung erfahren, noch habe sie Leistungen nach den in § 38 Abs. 1 Satz 1 SGB V aufgefù¼hrten Vorschriften erhalten. Dies gelte insbesondere im Hinblick auf § 37 Abs. 1 SGB V. Häusliche Krankenpflege sei der Klägerin gerade nicht verordnet worden. Der Anspruch ergebe sich auch nicht aus § 38 Abs. 2 SGB V i. V. m. § 13 Abs. 3 Nr. 2 bzw. § 13 Abs. 2, Abs. 3 Nr. 1 der Satzung der Beklagten, da bei der Klägerin weder eine ambulante Operation durchgefù¼hrt worden sei noch ihr eine häusliche Krankenpflege verordnet worden sei.

Gegen den am 31.03.2000 zugestellten Gerichtsbescheid richtet sich die Berufung der KlĤgerin.

Die KlAxgerin beantragt,

den Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Chemnitz vom 21.03.2000 sowie den Bescheid vom 29.10.1997 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 03.02.1998 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihr die Kosten f $\tilde{A}^{1}$ /4r eine Haushaltshilfe in H $\tilde{A}$ ¶he von 1.430,00 DM zu erstatten.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Die Beklagte hat den Kurentlassungsbericht der Kinderkurklinik R â□¦ GmbH vom 09.10.1997 vorgelegt. Danach war die Klägerin zur Entlassung stabil und recht gut belastbar. Es hätten noch gelegentlich Schmerzen im HWS-Bereich bestanden.

Wegen der weiteren Einzelheiten zum Sach- und Streitstand wird auf die Gerichtsakten aus beiden Rechtszügen und die Verwaltungsakte der Beklagten Bezug genommen, die Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen sind.

## Entscheidungsgründe:

Die zulässige Berufung (§Â§ 143, 151, 105 Abs. 2 Satz 1 Sozialgerichtsgesetz -SGG-) erweist sich in der Sache als unbegründet. Die angefochtenen Bescheide sind rechtmäÃ∏ig und verletzen die Klägerin nicht in ihren Rechten (§ 54 Abs. 2 Satz 1 SGG). gegen die Beklagte keinen Anspruch auf Erstattung der Kosten in

 $H\tilde{A}$ ¶he von 1.430,00 DM f $\tilde{A}$ ½r die Besch $\tilde{A}$ ¤ftigung einer Haushaltshilfe im Zeitraum vom 04.09.1997 bis 09.10.1997.

Da sich die Klägerin die Haushaltshilfe "selbst beschafft" hat, kommt als einzig denkbare Anspruchsgrundlage nur <u>§ 13 Abs. 3 SGB V</u> in Betracht. Eine unaufschiebbare Leistung im Sinne dieser Vorschrift liegt nicht vor. Im Ã□brigen sind nach <u>§ 13 Abs. 3</u> 2. Alternative SGB V dem Versicherten Kosten zu erstatten, die dadurch entstanden sind, dass die Krankenkassen eine notwendige Leistung zu Unrecht abgelehnt und sich der Versicherte deshalb die Leistung selbst beschafft hat. Wie sich aus <u>§ 13 Abs. 1 SGB V</u> ergibt, tritt der Kostenerstattungsanspruch an die Stelle des Anspruchs auf eine Sach- oder Dienstleistung; er besteht deshalb nur, soweit die selbst beschaffte Leistung ihrer Art nach zu den Leistungen gehört, die von den gesetzlichen Krankenkassen als Sachleistung zu erbringen sind.

Zu den Sachleistungen, die von den gesetzlichen Krankenkassen zu erbringen sind, gehä¶rt zwar auch die Gewä¤hrung von Haushaltshilfe. Die in  $\frac{\hat{A}\S}{38} \frac{38}{5} \frac{5}{5} \frac$ 

Nach <u>§ 38 Abs. 1 SGB V</u> erhalten Versicherte Haushaltshilfe, wenn ihnen wegen Krankenhausbehandlung oder wegen einer Leistung nach § 23 Abs. 2 oder 4, §Â§ 24, 37, 40 oder 41 die Weiterführung des Haushalts nicht möglich ist. Dabei muss die Inanspruchnahme der genannten Leistungen ursächlich sein für die Unmöglichkeit der Weiterführung des Haushalts (vgl. Krauskopf, Soziale Krankenversicherung, Pflegeversicherung <u>§ 38 SGB V</u> Rz. 3). Darüber hinaus kann die Satzung der Krankenkasse bestimmen, dass sie in anderen, als den in Abs. 1 genannten Fällen Haushaltshilfe erbringt, wenn Versicherten wegen Krankheit die Weiterführung des Haushalts nicht möglich ist, <u>§ 38 Abs. 2 Satz 1 SGB V</u>.

Das SG weist zu Recht darauf hin, dass die Klägerin in dem streitgegenständlichen Zeitraum weder eine Krankenhausbehandlung durchgeführt hat, noch eine in <u>§ 38 Abs. 1 Satz 1 SGB V</u> aufgeführte Leistung, insbesondere keine häusliche Krankenpflege im Sinne von <u>§ 37 Abs. 1 SGB V</u> erhalten hat. Ausweislich der ärztlichen Verordnungen vom 04.09.1997 und 22.09.1997 wurde der Klägerin Haushaltshilfe und nicht häusliche Krankenpflege verordnet. Im Ã□brigen wurde von der Klägerin auch nicht vorgetragen, dass eine Krankenpflege durch Pflegekräfte bei ihr zu Hause durchgeführt worden ist.

Ob über die in <u>§ 38 Abs. 1 Satz 1 SGB V</u> geregelten Fällen hinaus Haushaltshilfe von den Krankenkassen zu gewähren ist, wenn Krankenhausbehandlung notwendig ist, von dem Versicherten aber auf eigenen Wunsch nicht in Anspruch genommen wird, konnte der Senat dahingestellt lassen. Denn für die Notwendigkeit einer Krankenhausbehandlung ergeben sich aus den vorliegenden medizinischen Unterlagen keine Anhaltspunkte. Das SG geht zu Recht davon aus, dass der Vortrag der Klägerin, eine Krankenhausbehandlung sei lediglich deshalb nicht erfolgt, weil sie ihre dreijährige Tochter habe betreuen müssen, in dem Befund des aufnehmenden Arztes Bähr in der Notfallambulanz keine Stütze

findet. Der Senat schlieà tsich der Auffassung des SG an, dass die vom Arzt Bà hr vorgeschlagene Therapie Schanzkragen und Kreislaufkontrolle in der Kurklinik sowie Wiedervorstellung im Krankenhaus bei Verschlechterung des Allgemeinzustandes den von der Klà gerin gezogenen Schluss auf eine notwendig erachtete Krankenhausbehandlung bzw. eine hà usliche Krankenpflege nicht rechtfertigt. Vielmehr ergibt sich aus ihr gerade, dass der Gesundheitszustand der Klà gerin nicht derart beeintrà chtigt war, dass eine stationà re Aufnahme erforderlich gewesen wà re. Dies wird durch den Entlassungsbericht der Kinderkurklinik bestà tigt. Danach war die Klà gerin bei der Entlassung stabil und recht gut belastbar. Im HWS-Bereich bestanden nur gelegentlich Schmerzen. Eine medizinische Indikation zur Krankenhausbehandlung ist hieraus nicht ersichtlich. Auch ist davon auszugehen, dass der behandelnde Arzt Dr. E â †, wenn Krankenhausbehandlung geboten gewesen wà re, nicht nur Haushaltshilfe, sondern hà usliche Krankenpflege verordnet hà tte, auf Grund derer die Klà gerin dann Anspruch auf Haushaltshilfe gehabt hà tte.

Der Anspruch der Klägerin auf Haushaltshilfe ergibt sich auch nicht aus § 38 Abs. 2 SGB V i. V. m. § 13 Abs. 3 Nr. 2 der Satzung der Beklagten vom 05.03.1997, da bei der Klägerin keine ambulante Operation durchgeführt wurde. Soweit die Klägerin meint, ihr Anspruch ergebe sich aus § 38 Abs. 2 SGB V i. V. m. § 13 Abs. 2, Abs. 3 Nr. 1 der Satzung der Beklagten steht dem entgegen, dass der Klägerin eben gerade keine häusliche Krankenpflege, sondern lediglich eine Haushaltshilfe gemäÃ∏ § 38 SGB V verordnet wurde. Die ärztliche Verordnung allein hingegen begründet keinen Leistungsanspruch der Klägerin, da eine Leistungserbringung über den vom Gesetz vorgegebenen Rahmen dem in § 12 SGB V verankerten Wirtschaftlichkeitsgebot widerspräche. Auch hierauf hat das SG zu Recht hingewiesen.

Nach alledem war die Berufung zurĽckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 Abs. 1 SGG</u>.

Gründe für die Zulassung der Revision (§ 160 Abs. 2 SGB V) liegen nicht vor.

Erstellt am: 10.09.2003

Zuletzt verändert am: 23.12.2024